RATHAUS Brief

CDU-Stadtratsfraktion Mainz - kompetent & bürgernah

CDU

Ausgabe V - 22. Juni 2018

Aktuelles: Sommerinterview mit Sabine Flegel und Hannsgeorg Schönig

„OB Ebling und der Ampel geht es nur um Macht“

Ampel agiert plan- und ideenlos – CDU geht motiviert in die Kommunalwahl

In ziemlich genau einem Jahr findet die nächste Kommunalwahl in Mainz statt. Wir sprachen mit der CDU-Kreisvorsitzenden Sabine Flegel und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Hannsgeorg Schönig über die Arbeit von Oberbürgermeister Michael Ebling, der Ampelkoalition sowie über die Ziele der Union.

Herr Schönig, OB Ebling ist seit mittlerweile sechs Jahren im Amt. Hat er Mainz vorangebracht?

Nein, überhaupt nicht. Viel zu oft bleibt es bei Absichtserklärungen, konkrete Erfolge kann man eigentlich nicht benennen. Viele seiner Projekte, etwa beim Thema Wohnraum, sind eher zufällig entstanden. Eine Vision für unsere Stadt fehlt völlig.

Frau Flegel, teilen Sie die Kritik?

Absolut. Man hat immer mehr den Eindruck, dass dem OB die repräsentativen Aufgaben viel wichtiger sind als die aktive Politikgestaltung. Hier besteht ein ziemliches Ungleichgewicht. Für viele Menschen ist Herr Ebling eher der OB für Feste und Einweihungen. Dabei sollte er vielmehr die Probleme anpacken. Wenn es knifflig wird, dann duckt er sich weg, wie zuletzt beim Bürgerentscheid zum Bibelturm. Und mit der Wahrheit nimmt er häufig auch nicht so genau.

Geben Sie uns ein Beispiel.

Immer wieder hat er beim Thema GFZ-Kaserne, flankiert durch die ihm sehr wohlgesonnene AZ, behauptet, der Bund sei für die spätere Freigabe verantwortlich. Dabei hat das Verteidigungsministerium sehr deutlich gesagt, dass das Land die Verzögerungen zu verantworten hat. Dem Bund aus rein politischem Kalkül den schwarzen Peter zuzuschieben, obwohl die Schuld beim Land liegt, ist nicht in Ordnung.

Herr Schönig, wie bewerten Sie die Arbeit der Ampelkoalition?

Wenn ich eine Note vergeben müsste, dann wäre das mit Sicherheit nicht mehr ausreichend. SPD, Grüne und FDP agieren seit Jahren plan- und ideenlos. Den Parteien geht es nur noch um die Macht. Impulse und inhaltliche Initiativen sucht man vergeblich. Das ist wirklich ein Armutszeugnis.

Frau Flegel, Herr Schönig, was sind die Ziele der CDU?

Wir gehen motiviert in die anstehenden Wahlen und wollen so stark werden, dass an der CDU nicht mehr vorbeiregiert werden kann. Und selbstverständlich finden wir, dass es in Mainz endlich Zeit ist für einen CDU-Oberbürgermeister, denn diese Stadt verdient es, gestaltet statt nur verwaltet zu werden.

CDU-Fraktionschef Hannsgeorg Schönig und die Kreisvorsitzende Sabine Flegel haben für die Kommunalwahl 2019 ein klares Ziel:

„ Wir wollen so stark werden, dass an uns nicht mehr vorbeiregiert werden kann.“

Ich wünsche Ihnen, auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der CDU-Stadtratsfraktion, schöne Sommerferien und gute Erholung!

Alles Gute,

Ihr

Hannsgeorg Schönig

CDU Mainz

CDU Mainz

Aktuelles: GFZ-Kaserne

CDU empört über Verhalten von OB Ebling und Ampelkoalition

Verwaltung wusste von Verzögerungen – Land für spätere Freigabe verantwortlich

Seit Anfang Juni beschäftigt die Zukunft der GFZ-Kaserne die Stadtpolitik. Und einmal mehr zeigt sich, dass sowohl Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) als auch die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP aus rein politischem Kalkül Tatsachen verdrehen. Denn wie sich herausgestellt hat, ist nicht das Bundesverteidigungsministerium für die spätere Freigabe des Geländes verantwortlich, sondern das SPD-geführte Land Rheinland-Pfalz mit dem Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB). Tagelang wurden falsche Tatsachen verbreitet, die von der Allgemeinen Zeitung auch noch ungeprüft abgedruckt wurden. Die CDU ist über dieses Verhalten von OB Ebling und der Ampel empört. „Die tatsächlichen Fakten bewusst zu verdrehen, ist unverantwortlich, unanständig und ein ganz schlechter Stil“, kritisieren der CDU-Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schönig und der baupolitische Sprecher Dr. Gerd Eckhardt.

Um von diesen Tatsachen abzulenken, wurde dann vom OB grundlos und offensichtlich ohne jedes Hintergrundwissen die Bundeswehr attackiert. „Die Behauptung Eblings, dass auf dem GFZ-Gelände ab und zu ein Schäferhund ausgeführt werde, um zu zeigen, dass die Kaserne noch genutzt werde, ist ein unverantwortlicher Affront gegenüber der Bundeswehr und den in Mainz stationierten Soldatinnen und Soldaten. Auch der Vorschlag, die Bundeswehr könne doch interimsweise in extra anzumietenden Bürofläche untergebracht werden, ist abenteuerlich“, so die die CDU-Kreisvorsitzende Sabine Flegel. Wo in Mainz gebe es denn eine passende freie Immobilie, die ein Sanitätszentrum mit Zahnarzteinheit, eine Waffenkammer, Hundezwinger, Gefängniszelle etc. vorweisen könne. Und da in der GFZ-Kaserne noch mehrere Einheiten untergebracht seien, würden 20 Büros bei weitem nicht ausreichen. Dieses Verhalten sei mit Sicherheit nicht förderlich für die weiteren Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Bund.

Die Attacken von Herrn Ebling und der Ampel in Richtung Bund seien auch deshalb völlig unangebracht, weil die Verwaltung bereits telefonisch am 14. März 2018 vom Verteidigungsministerium über die vom Land zu verantwortenden Verzögerungen bei den notwendigen Baumaßnahmen in der Kurmainz-Kaserne informiert wurde. „Dann den Bund öffentlich zu attackieren, ist wirklich ein starkes Stück“, kritisiert die CDU-Bundestagsabgeordnete und Stadträtin Ursula Groden-Kranich. Dieses Vorgehen sei kontraproduktiv und sorge im Verteidigungsministerium für Kopfschütteln.

Aus Sicht der CDU müssen beim Thema Wohnraumbeschaffung jetzt andere Maßnahmen auf den Tisch. „Wir haben als CDU vor ziemlich genau einem Jahr vorgeschlagen, über einen neuen Stadtteil nachzudenken. Diese Idee ist von der Mainzer SPD sofort abgelehnt worden. Wir fordern die Ampel auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Mit einem neuen Stadtteil könnte Wohnraum für alle geschaffen werden. Nicht umsonst schlagen Wiesbaden und Frankfurt genau diesen Weg ein“, sagen Hannsgeorg Schönig und Dr. Gerd Eckhardt.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Ursula Groden-Kranich stellt klar:

„ Es ist schon ein starkes Stück, wie sehr OB Ebling und die Ampel aus rein politischem Kalkül die Fakten verdrehen. Es ist seit langem bekannt, dass die GFZ-Kaserne erst dann übergeben wird, wenn in der Kurmainz-Kaserne alle erforderlichen baulichen Maßnahmen abgeschlossen sind. Es ist das von der SPD geführte Land Rheinland-Pfalz, das hier nicht die notwendigen Voraussetzungen schafft.“

CDU Mainz

Aus dem Stadtrat: Smart-City Mainz

Smart City Mainz: CDU will Digitalisierung weiter voranbringen

Union will leistungsfähiges, flächendeckendes WLAN – Antrag im Stadtrat

Die CDU macht beim wichtigen Zukunftsthema Digitalisierung weiter Dampf. Nachdem sie bereits im Februar im Stadtrat einen Antrag zu dieser Thematik eingebracht hatte, legte sie jetzt in der Ratssitzung am 13. Juni 2018 nach. Unter dem Titel „Smart Mainz – Digitalisierung voranbringen“ wurde gefordert, für Mainz unverzüglich ein leistungsfähiges, flächendeckendes und kostenloses WLAN sicherzustellen, welches öffentliche Plätze und Flächen mit WLAN ausstattet. Außerdem wurde die Verwaltung gebeten, Foren zum Einsatz digitaler Möglichkeiten in allen Lebensbereichen des öffentlichen Lebens durchzuführen. Die zu behandelnden Themen sollten „Information und Kommunikation“, „Soziales“, „Handel, Gewerbe mit Produktion und Logistik“, „Mobilität und Verkehr“, „Energie und Klimaschutz“ sowie „Sicherheit und Schutz“ sein. Die Foren sollten mit breiter Bürgerbeteiligung und auch internetbasiert durchgeführt werden, um am Ende aus den Ergebnissen ein Maßnahmenbündel mit anschließendem Ranking zu entwickeln mit einer Strategie und einem Maßnahmenkatalog für die zügige Umsetzung.

In seiner Rede im Rat betonte Dr. Gerd Eckhardt, baupolitischer Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion, dass die Digitalisierung die Herausforderung für die Zukunft sei. Nur wenn man diese voranbringe, könne sich Mainz zu einer Smart City entwickeln. „Wir werben für Dynamik in dieser wichtigen Frage. Es gilt, primäre Defizite in unserer Stadt zu identifizieren und daraus ein Ranking zu entwickeln“, so der Fachpolitiker. Die breite Bürgerbeteiligung mit den geforderten Foren würde einen hervorragenden Einstieg in die notwendigen Diskussionen bieten und zudem für Transparenz, Partizipation und Akzeptanz sorgen. „Wir müssen uns das Wissen und die Ideen der Bürgerinnen und Bürger, der Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, der Kammern und Verbände sowie der gesellschaftlichen Gruppierungen zunutze machen. Nur so erzielen wir die besten Ergebnisse“, betonte Eckhardt. Die Themenfelder seien miteinander verschränkt und der Übergang von öffentlich zu privat immer mal wieder fließend. Er forderte die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP auf, sich in dieser Frage nicht zu verweigern und mitzumachen. „Haben Sie keine Angst vor der eigenen Courage. Beweisen Sie Mut zur Zukunft. Das sind wir der Stadtentwicklung von Mainz schuldig.“

Der Appell fruchtete jedoch nur halb. Die Ampelkoalitionäre erklärten, dass man bei der Sicherstellung eines leistungsfähigen, flächendeckenden und kostenlosen WLANs auf öffentlichen Plätzen und Flächen mitgehen könne, nicht aber bei den anderen. Diese würden derzeit bereits im Ausschuss behandelt. Und so wurde am Ende die Forderung zum Thema WLAN verabschiedet, die Einrichtung von Foren jedoch mit den Stimmen der Ampel abgelehnt.

Dr. Gerd Eckhardt, baupolitischer Sprecher, will Mainz zu einer Smart City machen:

„ Wir sollten die Bürger aktiv an der Gestaltung der Smart City Mainz beteiligen und auf deren Wissen und Ideen zurückgreifen. Wir haben deshalb Foren zu folgenden Themen vorgeschlagen:

1. ***Information & Kommunikation,***
2. ***Soziales,***
3. ***Handel & Gewerbe mit Produktion und Logistik,***
4. ***Mobilität und Verkehr,***
5. ***Energie & Klimaschutz,***
6. ***Sicherheit & Schutz.***

Es ist bedauerlich, dass die Ampel diesen Weg nicht mitgehen wollte und diesen Vorschlag im Stadtrat abgelehnt hat.“

CDU Mainz

Aus dem Stadtrat: Anfrage Mainzelbahn

CDU: Verwaltung nimmt Sorgen der Anwohner nicht ernst

Seit Dezember 2016 fährt die Mainzelbahn mittlerweile durch Mainz. Gerade in den ersten Wochen und Monaten haben sich insbesondere Anwohnerinnen und Anwohner entlang der Strecke unter anderem über massive Lärmbelästigungen beklagt. Obwohl die Mainzer Mobilität zugesichert hatte, die Probleme ernst zu nehmen und die Situation zu verbessern, haben sich zuletzt wieder Betroffene entlang der Strecke gemeldet und unter anderem beklagt, dass sich das „Rumpeln“ der Straßenbahn zuletzt wieder deutlich erhöht hat. Auch seien weiter deutlich Vibrationen zu spüren. Insbesondere angesichts der aktuellen Pläne für die Citybahn ist es wichtig, eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Dies erreicht man aber nur damit, indem bestehende Probleme abgearbeitet werden und man Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nicht als Einzelmeinungen abtut. Die CDU hatte deshalb in der letzten Stadtratssitzung am 13. Juni 2018 eine Anfrage zu dem Thema eingereicht, um zu erfahren, wie die Verwaltung die aktuelle Situation einschätzt.

Die Antwort von Verkehrsdezernentin Katrin Eder (Grüne) macht deutlich, dass die Verwaltung die aktuellen Sorgen der Anwohner überhaupt nicht ernst nimmt. So heißt es in der Antwort wörtlich: „Die Verwaltung beurteilt die aktuelle Situation entlang der Mainzelbahnstrecke insgesamt positiv. Die Nacharbeiten und Verbesserungen in den letzten Monaten haben die erwarteten Fortschritte gebracht.“ Die CDU kann diese Antwort überhaupt nicht nachvollziehen. „Es ist ein starkes Stück, wie mit den berechtigten Sorgen der Anwohner umgegangen wird. Diese können sich aber darauf verlassen, dass die CDU sich weiter für sie einsetzen und den Finger in die Wunde legen wird“, sagt der verkehrspolitische Sprecher Thomas Gerster.

CDU-Stadtrat Thomas Gerster appellierte an die Verwaltung:

„Verkehrsdezernentin Katrin Eder muss endlich die berechtigten Sorgen der Anwohner ernst nehmen.“

Fotos: CDU-Stadtratsfraktion

Aus dem Stadtrat: Anfrage Marktfrühstück

Situation und Sicherheit beim Marktfrühstück: CDU fragt nach

Seit vielen Jahren erfreut sich das Marktfrühstück großer Beliebtheit und ist ein Treffpunkt für Jung und Alt. In den letzten Monaten hat sich die Zahl der Besucherinnen und Besucher allerdings sehr erhöht. Winzer und Marktbeschicker haben häufiger daraus resultierende Probleme, beispielsweise hinsichtlich der Sicherheit, thematisiert. Die CDU hat dies jetzt im Stadtrat am 13. Juni 2018 aufgegriffen und eine Anfrage zu dem Thema eingereicht.

In ihrer Antwort betont die Verwaltung, dass sich die Situation mittlerweile wieder deutlich entspannt habe. So hätten sich die Besucherzahlen nach dem starken Andrang in den ersten Wochen wieder merklich reduziert. Für die Sicherheit sorge ein von den Veranstaltern des Marktfrühstücks beauftragtes Unternehmen. Zudem gebe es zur Zeit nur wenige Marktbeschicker, die sich mit der aktuellen Situation unzufrieden zeigten. Aus Sicht der CDU war es wichtig, das Thema aufzugreifen. „Das Marktfrühstück gehört zu Mainz. Wir werden uns weiter für die Interessen aller einsetzen“, so die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Sabine Flegel.

CDU Mainz

CDU Mainz

Aktuelles: Hortplätze

CDU sieht dringenden Handlungsbedarf beim Thema Hortplätze

Verwaltung muss mehr machen – Union unterstützt Stadtelternausschuss

Der Ausbau der Kitaplätze in Mainz schreitet weiter voran. Parteiübergreifend besteht Einigkeit, dass die Anstrengungen der letzten Jahre fortgeführt werden müssen, um die weiter bestehende große Nachfrage komplett abzudecken. In einem anderen Bereich aber bestehen nach wie vor erhebliche Probleme: nämlich bei den Hortplätzen. Zuletzt hatte sich der Stadtelternausschuss massiv beklagt, dass die Verwaltung hier seit langem viel zu wenig unternehme.

Die CDU-Stadtratsfraktion hält die Kritik zum Thema Hortplätze für absolut berechtigt. „Seit langem sagen wir, dass in dieser Frage ein dringender Handlungsbedarf besteht. Genau deshalb haben wir bereits im Dezember 2013 im Stadtrat in einem Ergänzungsantrag zu diesem Thema gefordert, kurzfristig zusätzliche Hortplätze im Stadtgebiet zu schaffen. Diese Forderung wurde damals für uns aus nicht nachvollziehbaren Gründen von SPD, Grünen und FDP abgelehnt. Stattdessen wurde die Erstellung eines Konzepts verabschiedet. Wenn unserem Antrag vor fünf Jahren zugestimmt worden wäre, dann hätten wir heute mit ziemlicher Sicherheit in dieser Frage nicht mehr so große Probleme“, erklärt die jugend- und sozialpolitische Sprecherin Claudia Siebner. Es sei klar, dass hier unbedingt etwas passieren müsse. Ein Ausbau der Hortplätze sei absolut notwendig. Bei Gesprächen mit betroffen Eltern werde dies sehr deutlich. „Selbstverständlich hat der Ausbau von Kita-Plätzen aufgrund des bestehenden Rechtsanspruchs weiter höchste Priorität. Es ist aber wirklich problematisch, dass der gerade aktualisierte Kita-Bedarfsplan den ebenso notwendigen Ausbau der Hortplätze nicht vorsieht. Es passiert in diesem Bereich viel zu wenig. Offensichtlich fehlt sowohl bei der Verwaltung als auch bei der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP hier das Problembewusstsein“, kritisiert Siebner.

Es sei die Aufgabe der Verwaltung, die bestehenden Probleme in diesem Bereich anzupacken und Lösungen zu präsentieren. „Es ist ja ok, dass man darauf gesetzt hat, die Zahl der Ganztagsschulen zu erhöhen. Leider ist aber für jeden, der sich intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzt, ersichtlich, dass dieses Ziel in Mainz aus unterschiedlichen Gründen nur sehr schleppend vorankommt“, so die Sozialpolitikerin. Die Leidtragenden seien die Eltern und ihre Kinder. Das gelte auch für die Betreuung in den Ferien. Gerade dann sei die Situation für viele berufstätige Eltern noch viel problematischer, weil viele Eltern in dieser Zeit völlig auf sich alleine gestellt seien. Oft gebe es eine Betreuung nur durch das Engagement von Elterninitiativen, Vereinen und anderen Trägern. Neben der Verwaltung stehe selbstverständlich auch das Land Rheinland-Pfalz in der Pflicht. Die Landesregierung müsse gerade im Grundschulbereich viel stärker für die Einrichtung von Ganztagsangeboten werben und die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern von einer solchen Einführung überzeugen. „Wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden soll, dann muss es nach der Kita weitergehen. Die Verwaltung ist deshalb gefordert, ihre Anstrengungen bei der Schaffung von Hortplätzen deutlich zu erhöhen und eine Betreuung nach der Schule zu gewährleisten“, sagt Claudia Siebner.

Claudia Siebner sozialpolitische Sprecherin, fordert von der Verwaltung mehr Einsatz:

„Wir erwarten, dass die Verwaltung ihr Engagement bei diesem wichtigen Thema endlich erhöht. Die Probleme bei den Hortplätzen müssen angepackt werden. Wir brauchen dringend Lösungen.“

Eine Publikation der CDU-Stadtratsfraktion Mainz, - V.i.S.d.P.: Hannsgeorg Schönig
Redaktion & Layout: Christian Hensen, Regina Schmidbauer
Kontakt: www.cdu-mainz.de E-Mail: cdu-stadtratsfraktion@stadt.mainz.de